

Verlags-PA: 2700 Wr. Neustadt;
Aufgabepostamt: 2214 Auersthal
Vertragsnummer: GZ 02Z032657 S

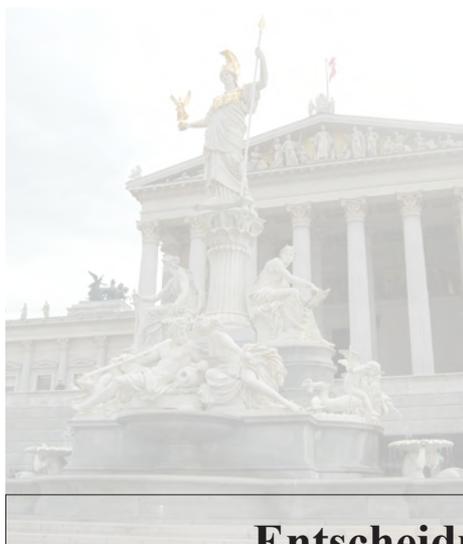
Österreichische Post AG
Sponsoringpost



IGBO- NACHRICHTEN

der Interessensgemeinschaft der Berufsoffiziere

Ausgabe 02/2019



Auftrag und Mittel stehen in einer unmittelbaren Beziehung zu einander

Österreich braucht
einen starken Bundespräsidenten und
ein starkes Bundesheer!

**Entscheidungen können nur dann richtig sein,
wenn sie rechtzeitig getroffen werden.**

Daher müssen auch die derzeit amtierende Bundesregierung und der Nationalrat über erforderliche Beschaffungen und Personalmaßnahmen für das Bundesheer rechtzeitig entscheiden

Die Plattform wehrpolitisch relevanter Vereine:

**Vernetzungstreffen und Generalversammlung am 11. Oktober 2019
im Rahmen des Herbstfestes der Garde in der MTK**



Empfänger:

Im AusIE bitte nachsenden; bei Versetzung bitte unter Angabe der neuen Dienststelle an Zustelladresse (Impressum) zurücksenden.

Worte des Präsidenten:

Werte Mitglieder der IGBO! Geschätzte Leserinnen und Leser unserer Mitteilungen!

In Zusammenhang mit „Einsparungen“ hört man immer wieder die Frage „wozu brauchen wir einen Bundespräsidenten?“ Es hätte sich wohl niemand dieser Fragesteller gedacht, dass wir so schnell in eine Situation kommen, wo gerade diese Staatsfunktion so dringend gebraucht wurde!

Ähnlich verhält es sich ja mit diversen Versicherungen, wo immer wieder die Frage gestellt wird, ob man sie tatsächlich braucht.

Und durchaus vergleichbar verhält es sich mit der Frage „wozu brauchen wir das Bundesheer?“

Wer am falschen Ort spart, der liegt falsch und kann dadurch auch seine Existenz gefährden!

Wohl aus diesem Grund hat der Herr Bundespräsident es für notwendig erachtet, in seinem Tagesbefehl zu Jahreswechsel auf Folgendes hinzuweisen: Die Bundesregierung muss für das Bundesheer solche Mittel zur Verfügung stellen, dass die Erfüllung der erteilten Aufträge gewährleistet ist. Alles andere widerspricht der Verfassung, so der Herr Bundespräsident sinngemäß.

Auch aus unserer Sicht hat der Chef des Generalstabes daher vor einiger Zeit zu Recht auf die erforderlichen finanziellen Mittel für das Bundesheer hingewiesen.

Entscheidungen können nur dann richtig sein, wenn sie rechtzeitig getroffen werden!

Wer weiß, wie lange man derzeit auf die Lieferung zum Beispiel eines Privat-PKW warten muss, der kann auch ermessen, wie lange das bei speziellem, militärischem Gerät dauert. Vor allem dann, wenn mehrere gleichzeitig das gleiche Gerät benötigen und bestellen.

Erschwerend kommen dann noch

Ausschreibungsbestimmungen und -verfahren hinzu.

Daher sind auch die derzeitige Bundesregierung und der Nationalrat aufgefordert, alle erforderlichen Entscheidungen zu treffen, um dem Bundesheer die Erfüllung seiner Aufgaben zu ermöglichen.

Und die Ressortführung ist verpflichtet, alles zu unterlassen, was dies gefährden könnte.

„Gib dem Volk Brot und Spiele“ ist ein Sinnspruch aus der Römerzeit. Das ist gut und richtig, wenn man es sich leisten kann. Wer aber schon um seine Existenz bangen muss, der kann sich so etwas keinesfalls mehr leisten.

Wer also einen Flugtag zu seinem Vorteil veranstalten möchte, der soll das auch bezahlen. Das Bundesheer kann das in seiner derzeitigen finanziellen Lage eigentlich nicht.

Die nunmehr anstehenden Entscheidungen über Beschaffungen für das Bundesheer müssen darüber hinaus so getroffen werden, dass nicht wieder eine neue Bundesregierung alles revidiert und dadurch Mehrkosten in Milliardenhöhe verursacht.

Politischer Konsens im Sinne der größtmöglichen Sicherheit Österreichs ist also gefragt und nicht Parteipolitik!

Dies trifft natürlich nicht nur auf die Verteidigungspolitik zu.

Es ist aus Sicht eines Staatsbürgers und als Offizier mehr als legitim, Konsenspolitik einzufordern, weil alles andere lediglich zu weniger Sicherheit und zu deutlichen Mehrkosten führt.

Dafür haben wir unsere Mandatare aber nicht gewählt!

Aus all den angeführten Gründen begrüßte die IGBO einerseits das Regierungsprogramm und andererseits auch die erkennbaren Bemühungen des vormaligen Bundesministers für LV, sein Ressort mit den erforderlichen finanziellen Mitteln zu versehen, um der erkennbar steigenden Gefahr für Österreich entgegenzutreten zu können.

Ein entscheidender Faktor dabei ist natürlich der Mensch. Denn nur wenn man eine entsprechende Anzahl bestens ausgebildeter und motivierter Soldaten / Soldatinnen hat, kann man die anstehenden Aufgaben auch bewältigen.

Das bedeutet, dass die „Personaloffensive“ zwingend fortzuführen und auch zu finanzieren ist.

Das bedeutet, dass man endlich auch den Offizieren des Bundesheeres ihrer Qualifikation entsprechende Arbeitsplatzbewertungen und damit Gleichbehandlung im Dienst- und Besoldungsrecht analog zu anderen Akademikern im Öffentlichen Dienst zugestehen muss.

Das bedeutet, dass man die materielle Ausstattung des Bundesheeres dringend weiterführen muss, damit man Ausrüstung, Waffen und Munition aber auch Aggregate und Betriebsmittel sowie medizinische und Lebensmittelvorräte hat, wenn man sie braucht.

Das gilt nicht nur für das Bundesheer. Autarkie muss auch für alle anderen Einsatzorganisationen und die wichtigsten Staatsfunktio-

Impressum:

Herausgeber: Interessensgemeinschaft der Berufsoffiziere (IGBO)
Medieninhaber: Obmann Oberst i.R. Dr. Siegfried Albel, M.Sc. MSD
Alle: c/o Burgplatz 1, 2700 Wiener Neustadt; **Zustelladresse:**
Zur kleinen Steiermark 4, 2751 Steinabrückl
DVR.: 0651346; ZVR-Nr.: 282799835; **www.igbo.at**
Verlagspostamt: 2700 Wr. Neustadt; Aufgabepostamt: 2214 Auersthal;
Vertragsnummer: GZ 02Z032657 Sponsoring Post
Druck: Riedeldruck G.m.b.H., 2214 Auersthal

nen ein Thema sein.

Wer helfen können soll, der muss dazu auch in der Lage sein!

Dazu bedarf es einer langfristigen Planung und Entscheidungen, die nicht nach der nächsten Wahl wieder umgestoßen werden!

Eine andere Vorgehensweise wäre zum Schaden für uns alle und auch nicht verfassungskonform.

Das ist nicht nur die Meinung der IGBO. Auch die anderen Mitglieder der Plattform Wehrhaftes Österreich verlangen dies im Sinne der Widerstandsfähigkeit Österreichs.

Wir alle sind der Meinung:

MIT UNSERER SICHERHEIT SPIELT MAN NICHT!

Daher fordern wir politischen Konsens in Fragen der Sicherheit Österreichs und seiner Bevölkerung!

TREU BIS IN DEN TOD!

Ihr

Dr. Siegfried Albel, Obst i.R.

www.igbo.at

www.wehrhaftes-oesterreich.at

Ein herzliches Danke allen, die Ihrer Beitragspflicht bis dato nachgekommen sind!

Wir ersuchen alle anderen Kameraden, dies ebenfalls zu erledigen.

Es sind darüber hinaus zahlreiche Spenden für den Notfonds eingegangen. Dafür besonderen Dank! Wir helfen unbürokratisch und sofort, wenn Not gegeben ist. Die Kameraden in den Verbänden werden ersucht, uns von Notlagen in Kenntnis zu setzen.

Am schnellsten geht dies per EMail an info@igbo.at.

Wir bitten Sie auch, **Änderungen in Anrede und Anschrift oder EMailadresse direkt bekannt geben (info@igbo.at).**

Damit wir Sie korrekt anreden und zusätzliche Porto-Kosten vermeiden können.

Wir haben aufgrund eines Hinweises unser System für die Mitgliedsnummer umgestellt und diese neu vergeben. Sie Ersehen Ihre neue MNr bei der Beitragsvorschreibung 2020.

Danke!

Umfassende Landesverteidigung in Zeiten großer Umbrüche

Eine kritische systemische Betrachtung

Der Generalstabschef, Mag. Robert Brieger, hat eine verstärkte Fokussierung auf die militärische Landesverteidigung und auf die Kernaufgaben des Bundesheeres angekündigt. Der budgetäre Rahmen des Österreichischen Bundesheeres lässt weiterhin kaum einen Spielraum zu. Beim bestehenden Investitionsstau stellt das Sonderbudget Luft nur einen Tropfen auf den heißen Stein dar. Ein weiteres Sonderpaket für die Miliz könnte kommen. Ein drittes würde für die Realisierung des Leuchtturmprojektes „Sicherheitsinseln“ benötigt. Ob die Forderung des Herrn Bundespräsidenten, den verfassungskonformen Zustand des Österreichischen Bundesheeres wiederherzustellen realistisch ist, werden die nächsten Monate zeigen. Wie könnte daher eine militärische Landesverteidigung unter diesen Rahmenbedingungen und in Anbetracht massiver Umbrüche aussehen? Der Autor stellt dazu eine kritische systemische Betrachtung an.

Der Begriff „hybride Bedrohungen“ versucht seit einigen Jahren die neue Unordnung zu beschreiben. Bei genauerer Betrachtung stellt sich jedoch heraus, dass viele Dinge nicht ganz so neu sind. Auch im Kalten Krieg gab es verschiedene Dimensionen der Konflikt- und Kriegsführung. Das was neu ist, ist die heutige Vernetzung und die damit verbundenen Möglichkeiten der Beeinflussung. Denn schon Sunzi wusste: „Die größte Leistung besteht darin, den Widerstand des Feindes ohne einen Kampf zu brechen“

Besonders präsent sind etwa Cyber-Angriffe und Fake News. Gleichzeitig laufen wir aber Gefahr, andere Dinge zu übersehen, wenn wir uns zu sehr auf mögliche Akteure fokussieren.

Infrastrukturelle Verwundbarkeit

So sind etwa durch die Vernetzung unsere infrastrukturellen Abhän-

gigkeiten und Verwundbarkeiten ebenfalls rasant angestiegen. Dabei steht die ganz große Vernetzung (Stichworte wie Digitalisierung oder Internet of Things) noch bevor. Dazu haben wir aber bisher kaum Antworten, außer, dass eh noch nichts Gravierenderes passiert ist. Das ist aber eine gefährliche Truthahn-Illusion. Ein Truthahn, der Tag für Tag von seinem Besitzer gefüttert wird, nimmt aufgrund seiner täglich positiven Erfahrung an, dass die Wahrscheinlichkeit, dass etwas gravierend Negatives passiert, von Tag zu Tag kleiner wird. Sein Vertrauen steigt mit jeder positiven Erfahrung (Fütterung). Am Tag vor Thanksgiving (bei dem traditionell die Truthähne geschlachtet werden) erlebt er allerdings eine fatale Überraschung.

Ein europaweiter Strom- und Infrastrukturausfall

Das zentrale Szenario Blackout, also ein europaweiter Strom- und Infrastrukturausfall, wurde bereits im Der Offizier ausführlicher behandelt. Auch hier hat sich die Lage nicht geändert. Das System ist durchaus robuster als erwartet. So wie jedoch die Entwicklungen bisher auf europäischer Ebene verlaufen und in den nächsten fünf Jahren absehbar sind, sollten wir aber nicht davon ausgehen, dass uns das Glück weiterhin treu bleiben wird. Unser Vorbereitungsgrad hat sich kaum verbessert. Wir steuern hier ungebremst auf die größte Katastrophe nach dem Zweiten Weltkrieg zu. Auch deshalb, weil sich niemand so richtig für dieses Szenario in seiner Gesamtheit zuständig und verantwortlich fühlt. Natürlich gibt es Überlegungen und Vorbereitungen in einzelnen Bereichen. Diese können jedoch nicht mit dem Umfang des zu erwartenden Szenarios mithalten. Und der wesentlichste Akteur, die Bevölkerung, ist nach wie vor kaum informiert noch vorbereitet.

Nicht das einzige Szenario

Ein Blackout ist natürlich nicht das einzige Szenario, das uns in dieser Dimension treffen kann. Aber wenn man sich mit diesem

Szenario beschäftigt und sich darauf vorbereitet hat, kann man so gut wie jedes andere auch bewältigen. Denn kaum wo anders kommt es derart abrupt und weitreichend zum Ausfall aller Infrastrukturen. Ein anderes Ereignis, das uns laut Wissenschaft zu einhundert Prozent treffen wird, ist eine Pandemie. Auch hier wird es zu enormen Versorgungsengpässen kommen, wenn reihenweise Personal ausfällt und unsere hoch optimierten Logistikketten auseinanderbrechen. Ja sogar ein Blackout ist möglich. Denn die Personaldecke ist auch in diesem Bereich nicht sehr dick. In Kombination mit den zunehmenden Herausforderungen im täglichen Netzbetrieb ist das daher alles andere als unmöglich.

Versorgungsunterbrechungen

Daher geht bereits heute und noch mehr in Zukunft die größte Gefahr für unsere moderne Gesellschaft von weitreichenden Versorgungsunterbrechungen aus. Egal, wodurch diese ausgelöst werden. Denn unsere hoch optimierten Just-in-Time Prozesse vertragen keine größeren Störungen. Das betriebswirtschaftliche Gewinnstreben ist in vielen Bereichen nur mehr durch Effizienzsteigerung in Form von der Reduktion von Reserven und Redundanzen bzw. Personal möglich. Damit fehlt bereits heute in vielen Bereichen die überlebenswichtige Robustheit bzw. ausreichend qualifiziertes Personal, um nach einer Großstörung die Systeme wieder rasch hochfahren zu können. Auch im Österreichischen Bundesheer hat sich das in den vergangenen Jahren deutlich niedergeschlagen.

Vernetztes Denken und Handeln

Die neue Bedrohungslage lässt sich kurz zusammenfassen: Hoch vernetzt und viele wechselseitige Abhängigkeiten auf der einen Seite und etwas überspitzt ausgedrückt, auf der anderen Seite klassische durchaus bewährte hierarchische Strukturen und

„Silos“, die mit der Geschwindigkeit der neuen Entwicklungen und Veränderungen nicht mithalten können. Denn diese erfordern ein hochgradig vernetztes und systemisches Denken und zusammenwirken, sowie eine rasche Anpassungsfähigkeit. Wobei das natürlich nicht pauschal gilt. Sicher gibt es auch eine interdisziplinäre Zusammenarbeit auf unterschiedlichen Ebenen. Sie entspricht nur oft noch nicht ganz den Herausforderungen, die hier auf uns zukommen. Und in der Regel wird die Bevölkerung außen vorgelassen, wie auch eine wissenschaftliche Untersuchung zur Resilienz Österreichs zu Tage geführt hat. Eigentlich sollten sich aber die Bemühungen des Staates und seiner Akteure um die Bevölkerung drehen und zum anderen ist gerade bei großen Umbrüchen und Ereignissen die Bevölkerung der wesentliche Akteur.

Die von uns durch Vernetzung geschaffene Komplexität kann nur mit einer ebenso hohen organisatorischen Komplexität gesteuert werden. Hierarchien sind auf keinen Fall obsolet. Aber im Umgang mit Komplexität müssen diese flexibler und anpassungsfähiger gestaltet werden. Eine unvollendete Reform nach der anderen zeigt, dass so das Problem offensichtlich nicht zu lösen ist. Wobei das für Offiziere nicht ganz neu sein sollte: Truppeneinteilungen oder der Kampf der verbundenen Waffen sind eigentlich ein Beispiel für vernetztes Denken und Handeln! Nur geht es heute nicht nur mehr um Waffensysteme und klar definierte Gegner.

Künstliche Intelligenz

Ein neues Themenfeld, das sich gerade auftut und einige negative Nebenwirkungen mit sich bringen wird, ist Künstliche Intelligenz (KI). Vielfach versteckt sich dahinter nur Marketing, was aber nicht darüber hinwegtäuschen sollte, dass es sehr wohl auch schon fortgeschrittene Systeme gibt. Sicherheitspolitisch sind dabei zwei Themenfelder von besonderer Relevanz: „Deep-Fake“ und KI als Cyber-Angriffswaffen

Die Fotofälschungen sind ein alter Hut. (Live)Video und Audio galten bisher noch als weitgehend vertrauenswürdig. Doch das ändert sich gerade. „Deep-Fake“ bezeichnet die Möglichkeit, Video- und Audiostreams in Echtzeit zu fälschen. In Zusammenhang mit der raschen Eskalationsfähigkeit in Sozialen Medien kann hier eine Kettenre-

aktion mit nicht vorhersehbaren Folgen ausgelöst werden. Dabei muss gar keine Absicht dahinterstecken. In politisch labilen Zeiten und hoher Aktionismusbereitschaft („Twitter-Präsident“) kann eine kleine Ursache weitreichende geopolitische und wirtschaftliche Folgen auslösen.

Künstliche Intelligenz soll zur Erhöhung der Cyber-Sicherheit beitragen. Viel wahrscheinlicher erscheint jedoch, dass KI deutlich früher und weitreichender auf der dunklen Seite zur Anwendung kommt. Denn da müssen weder Qualitäts- oder Ethikstandards, noch ein Datenschutz berücksichtigt werden. Es geht nur darum, Dinge schneller und besser als mit den bisherigen Methoden zu erreichen. Zudem gibt es keine gesellschaftliche Verantwortung. Das birgt einiges an Sprengkraft.

KI-Systeme sind nicht-lineare Systeme. Das bedeutet, man kann nicht vorhersehen, wohin sie sich wirklich entwickeln und was sie genau machen. Schon gar nicht, wenn sie nicht nur für einen klar eingegrenzten Bereich eingesetzt werden. Wobei wir noch weit von einer Maschinenherrschaft („Superintelligenz“) entfernt sind. Aber es reichen bereits Täuschungen, die zu menschlichen Fehlentscheidungen führen, um weitreichende Folgen auszulösen. Siehe DeepFakes.

Die geplante europäische Regulierung wird diese Entwicklungen wohl kaum aufhalten können. Hier kommen bisher bewährte Denkmuster zum Einsatz, die aber bei den neuen Rahmenbedingungen kaum Wirkung zeigen werden. Ganz abgesehen davon, dass die möglichen Angriffswerkzeuge von ganz wo anders herkommen werden.

Afrika

Ein ganz anderes Thema ist das Bevölkerungswachstum in Afrika. Hier wird eine Verdoppelung der Bevölkerung bis 2050 erwartet. Das bedeutet, ein Anstieg von rund 1,2 auf 2,5 Milliarden Menschen. Bereits heute müssten pro Jahr 20 Millionen

neue Jobs geschaffen werden, um vor allem die jungen Männer zu beschäftigen und ihnen ein vernünftiges Leben zu ermöglichen.

Hier ist ein enormes Pulverfass entstanden, das mit unseren bisherigen Denkansätzen nicht beherrschbar sein wird. Dass die europäische Sicherheit unmittelbar davon abhängt, muss nicht weiter ausgeführt werden.

Die Grenzen des Wachstums

Mit dem Handeln hätte man jedoch bereits vor 50 Jahren beginnen müssen. Denn die Folgen wurden bereits 1972 sehr klar im Bericht „Die Grenzen des Wachstums“ aufgezeigt. Auch, dass diese Entwicklung in Kombination mit der steigendem Ressourcenübernutzung und Umweltverschmutzung noch in diesem Jahrhundert zu einem globalen Kollaps führen wird. Unser seit damals nicht geändertes bzw. sogar deutlich verschärftes Wachstumsparadigma entspricht im Wesentlichen dem damals festgelegten Standard-Welt-Modell.

Bei diesem ist zu erwarten, dass es bereits im nächsten Jahrzehnt zu erheblichen Verwerfungen kommen wird. Auch wenn es dabei um globale Einschätzungen geht, werden die Auswirkungen in unserer hochvernetzten, globalisierten Welt überall zu spüren sein. Eine größere Störung in einer Weltregion pflanzt sich rasch in alle Weltgegenden fort.

Standardlauf des Weltmodells („Business as usual“) des Club of Rome aus der ersten Ausgabe des Werks Die Grenzen des Wachstums von 1972.

Es gebe noch einige weitere Themen anzuführen, um die absehbaren Umbrüche zu untermauern. Etwa die politischen Entwicklungen in den einzelnen Mitgliedsstaaten der EU oder die steigende Unzufriedenheit der Menschen in Europa, welche sich beispielsweise in der deutlich gestiegenen Streikbereitschaft widerspiegelt. Auch die Folgen eines zunehmend wahrscheinlicher werdenden chaotischen

BREXITs sind nicht absehbar. Sie werden uns aber nicht unberührt lassen. Auf alle Themenfelder einzugehen, würde einerseits den Rahmen sprengen und andererseits doch nicht vollständig sein.

Gleichzeitig zeigen die wenigen Beispiele, dass hier kaum ein militärisch relevanter Gegner oder Akteur vorkommt. Und wenn, wie bei Deep Fake oder Künstliche Intelligenz, ist er kaum greifbar.

Umfassende Landesverteidigung

Was könnte das nun für eine Umfassende und nicht nur Militärische Landesverteidigung bedeuten? Denn das Verständnis für die Systemkomponenten ergibt sich stets aus der Kenntnis des Ganzen, nicht umgekehrt. Anders ausgedrückt: Wer nur einen Hammer hat, sieht in jedem Problem einen Nagel. Und das führt bekanntlich in die Sackgasse.

Hier beginnt bereits das Problem. Der Zustand der Militärischen Landesverteidigung (MLV) ist



Erstellen Sie mit uns jetzt Ihr persönliches Risikoprofil.

- > **Basis für umfassende Vorsorge und Absicherung für Sie und Ihre Familie**
- > **Fragen Sie uns, wir beraten Sie gerne.**
- > **ÖBV NÖ-Süd/Bgld:
Tel. 02622/281 00 | nsb@oebv.com**



Damit Sie alles im Griff haben!

Kostenfrei & unverbindlich

.....
(Vorname, Name)

.....
(Dgr/Berufstitel/akad. Titel)

.....
(Straße)

.....
(PLZ, Ort)

.....
(Sozialversicherungsnummer)

Email:

.....
(Dienststelle/-Geber)

.....
(Straße/Dienstadresse)

.....
(PLZ, Ort/Dienstadresse)

.....
(Ausmusterungsjahr)

Geburtsort:

BEITRITTSERKLÄRUNG

Ich erkläre freiwillig und ohne Beeinflussung meinen rechtsverbindlichen Beitritt zur Interessensgemeinschaft der Berufsoffiziere (IGBO) und stimme der elektronischen Verarbeitung meiner oben angeführten Daten zu.

Ich sage zu, mich auf der Homepage der IGBO (www.igbo.at) als Nutzer zu registrieren. Die dort publizierten Statuten werde ich zur Kenntnis nehmen und erkläre, die darin festgelegten Satzungen einhalten zu wollen.

Mir ist bekannt, dass meine Beitrittserklärung erst durch die Annahme seitens des Vorstandes der IGBO und der Mitteilung darüber rechtswirksam wird.

Ich erkläre, dass (Zutreffendes bitte ankreuzen!)

- ich bereits Mitglied des ÖGB bin (Mitgliedsnummer:
- ich Mitglied des ÖGB werden und eine Beitrittserklärung dazu von der IGBO erhalten will.
- ich momentan noch nicht Mitglied des ÖGB werden will.

Ferner sage ich zu, Änderungen meiner Daten rasch bekannt zu geben.

....., am.....

.....
(Unterschrift)

Empfänger: Interessensgemeinschaft der Berufsoffiziere (IGBO),
Burgplatz 1, 2700 WR. NEUSTADT
Zustelladresse: Obmann Obst i.R. Dr.Siegfried Albel MSc MSD,
Zur kleinen Steiermark 4, 2751 Steinabrückl

Bearbeitung durch den Vorstand der IGBO:

Eingelangt am:

Annahme: ja/nein

Unterschrift:

bekannt. Die Geistige (GLV) und Wirtschaftliche Landesverteidigung (WLW) gibt es defacto nicht mehr. Die Zivile Landesverteidigung beschränkt sich auf die Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit durch die Polizei. Die holistischen Überlegungen der Vergangenheit sind längst nur mehr Worthülsen. Natürlich wäre es nach 40 Jahren notwendig, die Inhalte an die massiv veränderten Rahmenbedingungen anzupassen. Die ursprünglichen gesamtheitlichen Überlegungen haben aber nach wie vor Gültigkeit und spiegeln ein vernetztes Denken wieder. Auch wenn die tatsächliche Umsetzung, wie bei so vielen hervorragenden Konzepten und Strategien, dann deutlich von der Grundidee abgewichen ist. Auch der modernere Begriff der Umfassenden Sicherheitsvorsorge reiht sich hier nahtlos ein. Was nicht bedeutet, dass Einzelbereiche nicht doch gut abgedeckt werden, was nicht zu Letzt auch durch unseren sehr hohen Wohlstand bestätigt wird. Aber ein System ist mehr als die Summe der Einzelelemente. Und was bisher Gültigkeit gehabt hat, kann sich bereits morgen schlagartig ändern, wenn eines der oben angeführten Szenarien eintreten sollte.

Gesamtsicht und Koordinierung („Orchestrierung“)

Daher sind eine Gesamtsicht und Koordinierung („Orchestrierung“) unverzichtbar. Doch wer in Österreich verfolgt diese Gesamtsicht? Hier tun sich viele Fragezeichen auf. Im Umkehrschluss: Wie soll dann eine Militärische Landesverteidigung in dieses Gesamtkonzept passen?

Daher bedeutet ein zurück zu den Wurzeln nicht ein Wiederherstellen von vergangenen Zeiten oder Strukturen, sondern viel mehr, das damals bereits angewandte vernetzte, systemische Denken wieder aufleben zu lassen und mit neuen Inhalten zu befüllen.

Systemische Zielsetzung

Das Ganze beginnt mit einer systemischen Zielsetzung. Was soll überhaupt gesamtstaatlich erreicht werden? Was bedeutet

Schutz und Sicherheit unter den heutigen und absehbaren zukünftigen Rahmenbedingungen? Wie können die Menschen – und um die geht es genau genommen – vor Schaden bewahrt werden? Wie kann der sehr hohe Lebensstandard aufrechterhalten werden? Was wird dazu benötigt? Wie können diese Ziele am effektivsten (die richtigen Dinge tun) und am effizientesten (die Dinge richtig tun) erreicht werden?

Mit diesem Ansatz sollte relativ rasch klar werden, dass es wohl nicht um Panzer gehen wird. Natürlich wird sofort der Einwand kommen, dass das nicht Aufgabe des Militärs ist. Richtig! Aber wir haben bereits festgestellt, dass es um vernetztes Denken und um eine gesamtstaatliche Verantwortung geht, die offensichtlich mit unserem bisherigen „Silodenken“ nicht bewältigbar ist. Beziehungsweise, dass es scheinbar niemanden gibt, der diese Aufgabe aktuell wahrnehmen würde. Natürlich ist das in einem Land mit einem der höchsten Lebensstandards weltweit „Jammern auf hohem Niveau“. Aber erinnern wir uns an die Truthahn-Illusion. Und in stabilen Zeiten funktionieren Dinge oft einfach von selbst. Diese stabilen Zeiten haben auch dazu geführt, dass wir träge geworden sind bzw. zu viele Dinge formalisiert und bürokratisiert haben. In einem dynamischen Umfeld funktionieren starre Regeln jedoch schlecht oder gar nicht. Als weitere Nebenwirkung kam auch noch die Vernachlässigung des Bundesheeres hinzu.

Schutz der Bevölkerung

Was ist daher aus einer systemischen Betrachtung erforderlich, um den Schutz der Bevölkerung sicherstellen zu können?

Es geht dabei wohl nicht nur um das Bundesheer oder um die Militärische Landesverteidigung. Wir Soldaten haben gelobt, „die Republik Österreich, und sein Volk zu schützen“. Erst dann kommt: „und mit der Waffe zu verteidigen.“ Im Sinne von Sunzi könnten wir uns daher stärker auf den ersten Teil fokussieren. Denn in einem Umfeld, wo eine derart hohe infrastrukturelle und versor-

gungstechnische Abhängigkeit und Verwundbarkeit gegeben ist, wird der zweite Teil kaum eine Rolle spielen. Niemand wird mit bewaffneten Kräften einmarschieren, wenn er sein Ziel wesentlich einfacher und schneller erreichen kann. Der Einwurf, aber die Krim, sollte als Sonderfall betrachtet werden. Da ging es wohl um strategische Überlegungen, den Hauptstützpunkt der eigenen Kräfte nicht zu verlieren.

Wir Offiziere haben eine sehr hochwertige und holistische Ausbildung. Wir könnten daher im Sinne von Schutz deutlich mehr daraus machen. Das erfordert jedoch eine gewisse Anpassung und Lernfähigkeit. Wir müssten die bestehenden Denkrahmen verlassen. Die heutige Realität spielt sich nur mehr selten auf einem Schlachtfeld ab. Zum Glück.

Ein wesentlicher Mehrwert wäre daher das Denken über die bestehenden Systemgrenzen hinaus und die Moderation von unterschiedlichen Akteuren, damit eine holistische Sicht und damit auch Sicherheit möglich wird. Das, was wir immer wieder bei Auslandseinsätzen so erfolgreich unter Beweis stellen.

Wir verfügen auch über eine ausgezeichnete Analysefähigkeit. Nutzen wir diese und erweitern sie um neue Fähigkeiten, die heute überall gebraucht werden, um möglichst breit anschlussfähig zu bleiben.

Den Wehrdienst und die Miliz neu denken

Der Wehrdienst und die Miliz können als sehr wichtiges Asset wahrgenommen werden. Weniger für die klassischen militärischen Aufgaben, als vielmehr für einen aktiven Beitrag zur Erhöhung der gesamtgesellschaftlichen Resilienz und Widerstandsfähigkeit, indem junge Männer gezielt dazu ausgebildet werden, auch mit Entbehrungen und Unsicherheit umgehen zu können bzw. dazu befähigen, ihre Familien krisenfest zu machen. Das muss natürlich deutlich über das bisherige „Leben im Felde“ hinausgehen.

Indem wir ihre Selbstwirksamkeit erhöhen, tragen wir auch zur gesellschaftlichen Robustheit bei. Zusätzliche Qualifikationen für die Blaulichtorganisationen oder den Katastrophenschutz wären ein großer gesellschaftlicher Mehrwert. Das Ansehen und damit die Attraktivität des Bundesheeres würden automatisch steigen. Das Milizkader könnte speziell dafür ausgebildet werden, bei Katastrophen vor Ort dafür zu sorgen, dass möglichst rasch wieder Strukturen und Ordnung entstehen können. Eine zusätzliche Qualifikation im Risikomanagement würde sowohl der Gesellschaft als auch Wirtschaft nützen. Die Attraktivität der Milizausbildung würde schlagartig steigen.

Diese Fähigkeiten wären auch bei Auslandseinsätzen sehr nützlich. Es kann nicht wirklich zielführend sein, über Jahrzehnte militärische Einsätze am selben Ort durchzuführen. Die Fähigkeit, soziale Strukturen aufzubauen und zu stabilisieren („Nationbuilding“), kann in instabilen Zeiten, Regionen oder Situationen kaum genug wertgeschätzt werden. Egal, ob nach einem Krieg, einem Blackout oder nach einem Terroranschlag.

Der Jagdkampf wurde nach dem Ende des Kalten Krieges rasch abgeschafft. Doch die Grundidee hat nach wie vor Gültigkeit: Viele dezentrale, kleine autonome Einheiten können auch einen großen Gegner zum Fall bringen. Heute geht es nicht mehr um einen großen Gegner, sondern um unsere infrastrukturellen Abhängigkeiten. 12 Sicherheitsinseln können die Republik im Fall eines Blackouts nicht retten. Tausende Gemeinden, wo Soldaten in ihrem Umfeld mitwirken, möglichst rasch wieder eine Struktur herzustellen, aber schon. Wenn vorangegangen auch noch die Risikomanagementkompetenz eingebracht wurde, noch viel besser. Gerade die jüngsten Sturm- und Schneereignisse haben wieder vor Augen geführt, dass die bestehenden Strukturen und „Katastrophenschutzpläne“ oft nicht das halten können, was sie versprechen. Vor allem auf der Gemeindeebene fehlt qualifiziertes

Personal, um mit den steigenden Anforderungen in der Krisenvorsorge und -bewältigung fertigwerden zu können. Was könnte das für die nationale Sicherheit bedeuten, wenn Soldaten nicht erst im Katastrophenfall zum Einsatz kämen, sondern bereits bei der Krisenvorsorge und -prävention unterstützen würden? Ja, das ist derzeit nicht vorgesehen. Aber wer hindert uns daran, die notwendigen Rahmenbedingung und Voraussetzungen zu schaffen?

Daher ist die Frage der Effektivität besonders entscheidend. Diese kann nur erreicht werden, wenn man den bestehenden Denkrahmen verlässt und Schutz und Sicherheit als ein holistisches Konzept versteht, welches auch den Umgang mit Unsicherheit beinhaltet. Daher sind heute Flexibilität und Anpassungsfähigkeit nicht nur in der Wirtschaft gefordert. Also Soft Skills und Dezentralisierung von Verantwortung. Wobei es letztendlich immer um ein sowohl-als-auch geht, wie die Mitautorin von „Die Grenzen des Wachstums“, Donella Meadows, hervorragend beschrieben hat:

„Hierarchien sind brillante Systemerfindungen, nicht nur, weil sie einem System Stabilität und Widerstandsfähigkeit verleihen, sondern auch, weil sie die Informationsmenge reduzieren, die jedes Einzelteil des Systems im Auge behalten muss. In hierarchischen Systemen sind die Beziehungen innerhalb der Teilsysteme enger und stärker als die Beziehungen zwischen den Teilsystemen. Alles ist noch immer mit allem anderen verbunden, aber nicht gleich stark. Der ursprüngliche Zweck einer Hierarchie ist immer, seinen ursprünglichen Teilsystemen zu besseren Leistungen zu verhelfen. Hierarchische Systeme entwickeln sich von unten nach oben. Zweck der oberen Hierarchieebenen ist es, dem Zweck der unteren Ebenen zu dienen.“

Wie sieht die heutige Realität aus? Daher geht es auch darum, ob sich das Österreichische Bundesheer neu erfinden kann, oder ob es das Schicksal eines jeden erstarrten Systems erleiden muss: Es wird von der Realität überholt („Schöp-

ferische Zerstörung“).

Daher nochmals Donella Meadows: „Zu tun, als habe man alles im Griff, selbst wenn das nicht so ist, ist nicht nur ein Patentrezept für Fehler, sondern auch dafür, aus Fehlern nicht zu lernen. Was in einem Lernprozess wirklich angebracht ist, sind kleine Schritte, ständiges Beobachten und die Bereitschaft, den Kurs zu ändern, während man noch dabei ist herauszufinden, wohin er führt.“

Natürlich birgt ein derart hochqualifiziertes Personal auch die Gefahr einer großen Fluktuation. Aber damit würde wiederum ein Beitrag zur gesamtgesellschaftlichen Robustheit und Resilienz geleistet werden. Es kommt daher sehr auf den Blickwinkel an. Im Sinne von „zu schützen“ daher durchaus erwünscht. Auf der anderen Seite ist zu erwarten, dass durch eine derartige Unternehmenskultur die Bindung an die Organisation steigt. Denn Geld ist nicht alles. Und ein Austausch zwischen den unterschiedlichen Strukturen würde wiederum befruchtend wirken und auch die notwendige Vernetzung schaffen. Daher ist hier ein klarer Vorteil zu erkennen, wenn man die Dinge ganzheitlich und im Sinne einer umfassenden Landesverteidigung betrachtet, so wie wir es vor vielen Jahren auf der Militärakademie gelernt haben: Im Sinne des Ganzen denken!

In gewisser Weise mag diese Betrachtung nun für den einen oder anderen Leser eine Utopie darstellen. Möglich. Der Autor sieht sie jedoch vielmehr als große Chance. Denn der bisherige Weg hat nicht aus der jahrzehntelangen Misere geführt. Also kann ein mehr vom Selben nicht wirklich als erfolgreich bezeichnet werden. Gleichzeitig sind die Risiken relativ überschaubar. Ganz im Gegenteil. Die Chance, dass damit das Ansehen und damit die Reputation des Österreichischen Bundesheeres deutlich steigen, sind sehr hoch, was sich wohl auch wirtschaftlich niederschlagen dürfte. Im Gegensatz dazu könnte das Festhalten an der reinen Militärischen Landesverteidigung zu einem fatalen Vertrauensverlust

führen. Nämlich dann, wenn sich in einer wirklich kritischen Situation herausstellt, dass tatsächlich keine der verfassungsmäßigen Aufgaben mehr bewältigt werden kann, bzw. die Erwartungen viel zu hoch geschürt wurden. Denn „Wir schützen Strom und Wasser“ ist zwar ein guter Marketingslogan, entspricht jedoch nicht der Realität. Denn vernetzte Infrastrukturen lassen sich nicht durch den Schutz von Einzelobjekten sichern. Zur Bewältigung von weitreichenden Infrastrukturausfällen müsste das Bundesheer zuerst einmal die eigene Handlungsfähigkeit wiederherstellen. Aber auch die wird bei weitem nicht reichen, um allen helfen zu können.

Trotz allem geht es bei systemischen Betrachtungen immer um ein sowohl-als-auch. Das bedeutet, dass damit nicht alle militärischen Fähigkeiten in Frage gestellt oder für obsolet erklärt werden. Aber sie sollten im Sinne der systemischen Zielsetzung kritisch hinterfragt und an die neuen Bedürfnisse angepasst werden. Denn nichts ist schlimmer als Selbstbetrug und Scheinsicherheit. Innovationen sind nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch in der Umfassenden Landesverteidigung notwendig, um auch in Zeiten von großen Umbrüchen und Verwerfungen „Schutz und Hilfe“ leisten zu können. Ein Staat, der auf eine robuste Infrastruktur und resiliente Gesellschaft bauen kann, ist gegenüber einer Vielzahl von möglichen Ereignissen gewappnet. Wagen wir es daher, die Dinge neu zu denken und mutige Schritte zu setzen!

Zum Autor:

Major Herbert Saurugg, MSc, Experte für die Vorbereitung auf den Ausfall lebenswichtiger Infrastrukturen, war bis 2012 Berufsoffizier, zuletzt im Bereich IKT-/Cyber-Sicherheit.

Seit 2012 beschäftigt er sich mit den möglichen Folgen der steigenden Vernetzung und Komplexität, insbesondere mit den Themen „Schutz VOR Kritischen Infrastrukturen („Resilienz“), das europäische Stromversorgungssystem bzw. ein europaweiter Strom- und Infrastrukturausfall („Blackout“).

Er betreibt dazu einen umfangreichen Fachblog (www.saurugg.net) und ist über die Grenzen Österreichs hinaus als weitsichtiger Querdenker und Referent bekannt.

Er war einer der Podiumsteilnehmer beim VI. Tag der Wehrpflicht

Literatur:

- Vernetzte Unsicherheit - Hybride Bedrohungen im 21. Jahrhundert (ISBN: 978-3-902944-87-0), LVAK/IFK: 2014 unter <http://www.bundesheer.at/wissen-forschung/publikationen/publikation.php?id=787>

- Meadows, Dennis: Die Grenzen des Wachstums: Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit. Hamburg: Rowohlt Taschenbuch Verlag, 1973 [<https://www.saurugg.net/2019/blog/vernetzung-und-komplexitaet/die-grenzen-des-wachstums>]

- Meadows, Donella H: Die Grenzen des Denkens - Wie wir sie mit System erkennen und überwinden können. München: oekom verlag, 2010 [<https://www.saurugg.net/2019/blog/vernetzung-und-komplexitaet/die-grenzen-des-wachstums>]

Was machen die ernannten „Verwalter“?

Der nunmehr amtierende Bundesminister hat aus Kostengründen das Projekt der Sicherheitsschule für beendet erklärt. Das Bundesheer könne die geplanten 30 Millionen (für den Endausbau?!) der Schule nicht aufbringen.

Damit hat die Übergangsregierung den Beschlüssen künftiger Regierungen und des amtierenden sowie des neu zu wählenden Nationalrates wohl vorgegriffen, oder?

Wollte man das nicht vermeiden? Und hat man damit nicht dem Ansehen des Bundesheeres vor allem bei der Jugend geschadet?

Oder wurde damit nicht eine typisch österreichische Lösung für ein Problem gefunden? Nicht allfällige Fehler behe-

ben, nein. die Sache töten scheint meist die Devise zu sein.

Das könnte man anhand vieler Fakten zu belegen versuchen, wenn man etwa die zahlreichen Auflösungen von Verbänden des Bundesheeres betrachtet, die Verpflegsversorgung durch Zentralküchen oder die Schließung von Kasernen.

Dass man damit ganzen Regionen Arbeitsplätze nimmt, Wirtschaftsfaktoren beseitigt, zu nicht umweltfreundlichen Maßnahmen durch lange Anfahrtswege zwingt, die Lagerstätten - sofern es tatsächlich noch etwas zu lagern gibt - unter gewissen Umständen (siehe den Beitrag von Saurugg) unerreichbar macht, scheinen weder die Politik noch gewisse militärische Führungskräfte erkannt oder bedacht zu haben. Zumindest haben sie es verschwiegen, falls es ihnen doch bewusst geworden ist.

General Mag. Brieger war es vorbehalten, erstmals in solchen Angelegenheiten offen auszusprechen, was Tatsache ist:

Wir sind de facto kurz vor dem Bankrott!

Können unsere Mitbürgerinnen und Mitbürgern, unsere Politiker, erwarten, dass jemand alles, ja sogar sein Leben riskiert, wenn er zuvor so behandelt wird?

Nein, das können sie nicht, Dazu haben sie in einer Demokratie kein Recht!

Statt endlich und im Konsens etwas zu unternehmen, führt die Politik „Gefechte um parteipolitische Vorherrschaft“ und kochen bestimmte Führungskräfte in den Reihen des Bundesheeres neuerlich ihr „eigenes Süppchen“. Weil die Politik das offensichtlich so will, zumindest aber zulässt.

Die Reaktion der Offiziere des Truppendienstes, die zwar ein Studium absolvieren müssen aber innerhalb des eigenen Ressort weder entsprechend entlohnt noch für geeignet gehalten werden, höhere Funktionen zu bekleiden, drängen in private Studien und andere Ressorts. Leider.

Das Bundesheer und sein Budget

Wie wir alle wissen und der Chef des Generalstabes ja deutlich artikuliert, hat das Bundesheer dringenden Bedarf an Investitionen, um seinen Aufgaben gerecht werden zu können.

Dazu hat die Bundesregierung seinerzeit gewisse Maßnahmen beschlossen und eingeleitet.

Etwa den Kauf von zusätzlichen drei Blackhawk-Hubschraubern. Dieser Beschluss der Bundesregierung ist eigentlich unverändert aufrecht, doch ist die Realisierung bis dato nicht erfolgt.

Mit dem Beschluss auf Beschaffung von 12 Mehrzweck-Hubschraubern als Ersatz der uralten Aluette 3 verhält es sich genauso. Die im gleichen „Paket“ beschlossenen Mobilitätsmaßnahmen sind davon ebenfalls betroffen. Der konkrete Status all dieser bereits beschlossenen Maßnahmen ist aus unserer Sicht nicht geklärt.

Aufgrund des nun relativ späten Wahltermines und der wahrscheinlichen Verhandlungsdauer bis zur Bildung einer neuen Bundesregierung, ist für 2020 vorerst ein Budgetprovisorium gem. Art. 51a (4) BVG zu erwarten (Hat der NR kein BFG beschlossen wird der Bundeshaushalt nach den Bestimmungen des zuletzt beschl. BFG geführt).

Daher wird das Gesamtbudget des BMLV rechnerisch vorerst weiterhin 2.288 Mio betragen (Die zugesagte Erhöhung gem. BFRG auf 2.423 Mio wird also vorerst nicht stattfinden).

Von dieser Summe sind namhafte Beträge gebunden und de facto nicht frei verfügbar. Zum Beispiel: 73 Mio für AssE.

Mit der Erlassung eines neuen Bundesfinanzgesetzes ist aufgrund der politischen Situation wohl erst zu einem späten Zeitpunkt zu rechnen. Die geplante Budgetsteigerung von 2019 auf 2020 ist somit derzeit nicht existent.

Daher ist vorübergehend eine

Beschaffung (Großaufträge inkl. Infrastrukturmaßnahmen) welche in das Jahr 2020 hineinragt, unmöglich. Auch werden Einschränkungen bei der Beschaffung erforderlicher Munition zu erwarten sein. Weitere Sonderfinanzierungen sind aktuell nicht erwartbar (Leo, Ersatz BgePz, TLS).

Bedenkt man den festgelegten Fristenlauf für Ausschreibungen und Beschaffungen, so ergibt sich derzeit eine mindest einjährige Unterbrechung im Beschaffungsbereich.

Offen und völlig ungeklärt ist außerdem, ob bisher geplante Personalaufstockungen noch aufrecht erhalten werden können.

Insgesamt für das Bundesheer und dessen Angehörige also eine sehr unsichere Situation.

Daraus aber leitet sich auch Unsicherheit für Österreich ab. Denn ein nicht einsatzbereites Bundesheer kann im Bedarfsfall auch keine Hilfe leisten.

Hoffen wir also, dass dieser Sommer nicht wieder Wetterkapriolen bringt, die einen größeren Einsatz des Bundesheeres erzwingen.

Hoffen wir aber auch, dass sich die Lage im nahen Osten nicht weiter negativ entwickelt, denn das könnte enorme Auswirkungen auf ganz Europa und damit auch Österreich haben.

Was Ölnknappheit gerade in der Urlaubszeit bedeutete, ist leicht zu erkennen.

Ein weiterer Flüchtlingsstrom Richtung der Friedenszone Europa scheint jedenfalls ein Problem, das ohne den Einsatz des Bundesheeres nicht zu bewältigen sein wird.

Wer also dem Bundesheer die erforderlichen Mittel nicht rechtzeitig zur Verfügung stellt, beraubt sich seiner politischen Handlungsfreiheit.

Bei Bedarf aber nicht frei entscheiden und handeln zu können, ist fatal. Das sollten Bundesregierung und Mandatäre in Nationalrat dringend bedenken.

Entscheidungen sind nur dann richtig, wenn sie rechtzeitig getroffen werden!

Neben den zuvor angesprochenen dringenden Erfordernissen des Bundesheeres ist auch die Frage offen, wie es mit unserer Luftstreitkräften weitergehen soll.

Da hat die vorige Bundesregierung ja bekanntlich die Entscheidung bis zu Ende des Eurofighter-Untersuchungsausschusses vertagt.

Dieser ist nun mit Ablauf der Funktionsperiode des Nationalrates zu Ende, Es zeichnet sich aber schon jetzt eine Fortsetzung der Untersuchungen in der neuen Funktionsperiode ab.

Die schon zu Jahresbeginn als notwendig erachtete Entscheidung über notwendige Beschaffungen und die Vorgehensweise betreffend unserer Luftstreitkräfte kann jetzt wohl erst durch die neue Bundesregierung und zu Beginn 2020 getroffen werden. Also um zumindest ein ganzes Jahr später!

Die Frage ist, ob das noch rechtzeitig sein kann und wird?

Unsere Saab 105 stehen kurz vor dem Ende ihrer Nutzungsdauer, Die Eurofighter (EF) wurden durch BM Darabos quasi „vorzeitig unbrauchbar“ gemacht. Die seitens der zuständigen Fachleute vorgelegten Lösungsvarianten für die Misere harren der (politischen) Entscheidung.

Österreich ist aber nicht zuletzt aufgrund der angeblich so geliebten (und gelebten?) Neutralität verpflichtet, auch seinen Luftraum entsprechend zu sichern. Wenn wir hier Lücken entstehen lassen, können uns andere Staaten dafür zur Verantwortung ziehen. Dessen sollte man sich bewusst sein.

Ebenso sollte man sich dessen bewusst sein, dass Maßnahmen in diesem Zusammenhang Jahre dauern, bis sie tatsächlich wirksam werden können.

Das gilt wie schon festgestellt wurde, für militärische und damit spezielle Beschaffungen generell, für militärische Luftfahrzeuge aber ganz besonders.

Militärische Planung setzt Freiräume und Sicherheit voraus!

Das Bundesheer kann defacto nicht „planen“, weil über die Freigabe auch der budgetierten Gelder das Finanzministerium entscheidet.

Und wie diese Entscheidungen ausfallen, ist oft bis zum letzten Abdruck unklar.

Das ist unerträglich und verhindert die vor allem im militärischen Bereich erforderliche vorausschauende Planung und Planungssicherheit.

Das wäre dringend zu ändern!

Es könnte dahingehend verbessert werden, dass man seitens des BMLV die erforderlichen Planungsunterlagen einschließlich der erforderlichen Zeitpläne vorlegt, diese dann (politisch) genehmigt oder auch nicht und danach das BMF verpflichtet sein muss, die erforderlichen Mittel ohne weiteren Kommentar zeitgerecht bereit zu stellen.

Es kann nämlich nicht sein, dass Beamte im BMF darüber entscheiden, was militärisch sinnvoll ist oder nicht. Es kann auch nicht sein, dass im BMF darüber entschieden wird, ob das im Budget des BMLV vorgesehene Geld zu einem bestimmten Zeitpunkt erforderlich ist oder nicht.

Es ist natürlich gut, wenn der Finanzminister das Budget des Staates unter Kontrolle hat. Das kann aber nicht dazu führen, dass in den einzelnen Ressorts trotz vorher festgelegtem Budget die geplanten Mittel nur nach Entscheidung des BMF verbraucht werden können.

Das ist Gängelei, widerspricht dem Vertrauensgrundsatz und eigentlich auch der Verantwortung der einzelnen Minister und Ministerinnen.

Denn es ist schon interessant, dass zwar der Bundeskanzler / die Bundeskanzlerin kein Weisungsrecht gegenüber den Ministern / Ministerinnen hat, aber der Finanzminister indirekt schon?

Ist der Finanzminister nicht Teil einer Bundesregierung, die als Team im Interesse des Staates arbeiten soll? Wieso kann dann der Finanzminister budgetierte Gelder freigeben oder zurückhalten?

Hier scheint etwas falsch zu sein oder vielleicht auch nur falsch gehandhabt zu werden. Hier wird unter Umständen politischer Willkür eine Türe geöffnet, die zu leicht zu unserem Nachteil durchschritten werden kann.

Daher wäre diese Vorgehensweise dringend zu überprüfen und anzupassen. Damit militärische Planung, die sich eigentlich durch Sparsamkeit und Vorausdenken auszeichnen müsste, auch möglich wird.

Zum Wohle des Staates, denn das ist grundsätzlich die Aufgabe des Bundesheeres.

Genau diese grundsätzliche Aufgabe des Bundesheeres wird aber durch fehlende Planungssicherheit gefährdet.

Wenn etwa aufgrund nicht (rechtzeitig) möglicher Beschaffung von Nachfolgegerät die Hubschrauberpiloten des Bundesheeres den Mut verlieren und zu anderen Arbeitgebern „flüchten“. Ein Problem, das wir ja in anderen Bereichen der Fliegertruppe auch schon hatten. Damals mussten dann Sonderverträge „erfunden“ werden, um den Personalengpass beheben zu können.

Langfristige Planung hätte wohl ergeben, dass bei einer entsprechenden Besoldung und der Möglichkeit, tatsächlich Flugerfahrung zu sammeln, sich die Probleme vielleicht hätten vermeiden lassen, anstatt nachher mit viel zusätzlichem Geld den entstandenen Schaden zu reparieren.

Piloten des Bundesheeres ergreifen diesen Beruf nämlich vor allem deshalb, weil sie auch unter nicht alltäglichen Bedingungen fliegen können wollen. Genau das aber können sie derzeit in den wenigsten Fällen.

Geflogen wird quasi nur im „Ernstfall“, aber kaum mehr zu Übungszwecken. Die berechtigte Frage drängt sich auf: Wie sollen daher

unsere Piloten einen Einsatz unter extremen Bedingungen bestehen können?

Was für unsere Piloten gilt trifft auch auf alle anderen Funktionen im Bundesheer und auf alle Führungsebenen zu.

Niemand in der Bevölkerung erwartet, dass bei einem Brand eine nicht entsprechend ausgerüstet und schlecht trainierte Feuerwehr auftaucht, um den Brand zu löschen. Das wäre ein Skandal!

Andererseits scheint jeder in Österreich zu akzeptieren, dass gerade die Teile des Bundesheeres, die vor allem in extrem gefährlichen Situationen bestehen können müssten, weder über die erforderliche Ausrüstung noch das notwendige Training verfügen.

Das ist gelinde gesprochen nicht länger zu verstehen und schon gar nicht zu akzeptieren. Vor allem nicht seitens der politisch Verantwortlichen.

Der amtierende Bundesminister hat in einem Pokerspiel (Sicherheitsschule) versucht, auf diese Situation aufmerksam zu machen. Vielleicht ist es ihm gelungen, die Verantwortungsträger in Österreich aufzuwecken und zu einem korrekteren Vorgehen zu bewegen.

Ähnlich ist es mit der Airpower 2019. Die dort erzielbaren Einnahmen können nämlich erst dann zur Bedeckung der Ausgaben für die Flug-Show herangezogen werden, wenn die Jahreshöhe des BMLV erreicht wird.

Da aber das Bundesheer diese Grenze von 50 Millionen Euro 2019 nicht erreichen wird, müssen die Kosten der Airpower zur Gänze aus dem Budget bedeckt werden.

Das entbehrt aus unserer Sicht jeder Vernunft! Wäre es nicht klüger, dort einen Gewinn erzielen zu können und diesen dann an den Finanzminister abzuliefern? BM Starlinger hat unsere volle Unterstützung, wenn er Klugheit einfordert!

Die IGBO wird 30 Jahre!

Unglaublich, aber 2020 wird es dreißig Jahre, dass vor allem die Kommandanten der Truppenkörper des Bundesheeres ihren Unmut darüber diskutierten, nichts für ihre Offiziere tun zu können.

Artikulierte hat das Oberst Karl Stainer, der Kommandant des Landwehrstammregimentes 35 in Mautern, in einem Leserbrief in der Zeitschrift Truppendienst. Danach kamen unter der Führung ihrer Kommandanten ein großer Teil der Offiziere zusammen, um die Situation zu beraten und „etwas zu unternehmen“, damit die Lage der Offiziere und ihrer Kommandanten verbessert werde. So kam es dann nach einhelligem Beschluss 1991 zur Gründung des Vereines „IGBO“.

Seither ist einiges passiert, Bestimmungen im BDG wurden geändert, der FH-Studiengang an der TherMilAk wurde eingeführt und letztlich folgte dann darauf aufbauend der Masterstudiengang an der LVak.

Trotzdem fehlt noch immer eine der Logik des Hochschulgesetzes und dem Qualifikationsrahmen angepasster und transparenter Werdegang für die Offiziere des Bundesheeres und eine Abbildung dessen im Gehaltsgesetz.

Es ist ähnlich beschämend wie bei der in vielen Bereichen zu Ende gehenden Benachteiligung der Frauen, dass ein gewisser Personenkreis sich mit allen Tricks und eigentlich fast mit Ungesetzlichkeiten dagegen zur Wehr setzt. Das provoziert und führt zu riesigem Unmut bis hin zu Demotivation. Die Frage ist: Wann erkennen diese sogenannten Führungskräfte, dass sie sich mit solch einem Verhalten eigentlich selbst in Frage stellen? Wen sollen etwa Generale führen, wenn sie weder Truppen und schon gar keine Offiziere mehr haben? Dann braucht man sie einfach nicht mehr. Oder?

Aber nicht nur innerhalb des Bundesheeres gibt es unverändert Widerstand zu überwinden. So wird sogar seitens des Bundeskanzleramtes neulich (gesetzwid-

rig?) die Anerkennung eines bolognakonformen Masterabschlusses verweigert, obwohl der betroffene Kamerad im Zuge eines akademischen Bestellungsverfahrens für den FH-Studiengang an der TherMilAk ausgewählt worden ist. Das grenzt an widerliches Verhalten und ist eindeutig den durch die Republik eingegangenen einschlägigen Verträgen zuwiderlaufend. Das wird in einem Verfahren mit gewerkschaftlichen Rechtsschutz zu klären sein, verursacht aber Ärger und Zeitverlust und ist alles andere als wohlwollend gegenüber den Bediensteten des Bundesheeres und erwartbarer Gesetzestreue. Auch könnte es sich auch bei der nächsten Evaluierung des FH-Studienganges negativ auswirken. Will man das?

Wir jedenfalls wollen den FH-Bachelor-Studiengang, wir wollen darauf aufbauend den FH-Masterstudiengang. Wir haben keinen Einwand, wenn für bestimmte Funktionen zusätzliche Aus- und Weiterbildung gefordert wird.

Wir fühlen uns aber gefrotzelt, wenn man uns für höhere militärische Führungsfunktionen trotz einschlägiger Ausbildung und langjähriger Führungserfahrung für ungeeignet erklärt!

Wir sind dafür, dass es einen Dienstzweig „höhere militärische Führung“ gibt und man uns nicht in Dienstzweige drängt, deren Grundausbildung für Quereinsteiger gedacht ist und nicht für erfahrene Truppenoffiziere.

Es ist an der Zeit, dass sich unser Ressort und unsere Dienstnehmervertretung in diesen Fragen etwas einfallen lassen! **Damit dies endlich tatsächlich passiert sollten sich viele Offiziere in der Personalvertretung und in der IGBO engagieren.**

Die bevorstehenden PV-Wahlen sind dafür eine gute Möglichkeit und alle Fraktionen suchen qualifizierte Kandidaten und Kandidatinnen. Wer, wenn nicht wir Offiziere könnten dafür infrage kommen?

Die IGBO wird jedenfalls für Ihre Interessen und unseren Berufsstand weiter kämpfen!

Bitte vormerken:

Der Vorstand der IGBO plant die gemäß Statuten vorgesehene

Mitgliederversammlung 2019 im Oktober in Wien

durchzuführen.

Zeit und Ort werden noch rechtzeitig bekannt gegeben.

Die Mitgliederversammlung 2020 (mit Neuwahlen) ist im Vorlauf zu einem Festakt im Juni 2020 in Salzburg geplant.

Dort wurde die IGBO ja vor 30 Jahren „aus der Taufe gehoben“. Tagesordnung der Mitgliederversammlung und Programm des Festaktes werden rechtzeitig verlautbart werden.

Es ist an der Zeit, Kameraden, aufzustehen und sich zu unseren Interessen zu bekennen!

Es ist an der Zeit, dass vor allem unsere Kommandanten wieder Freiheiten für ihre Führungstätigkeit erhalten, damit sie für ihre Offiziere (gemeinsam mit der IGBO) die erforderlichen Besserstellungen erreichen können!

Das Bundesheer hängt am Gängelband des BMF und des BKA. Das kann nur im gemeinsamen Bemühen geändert werden.

Wenn wir darauf warten, dass die Politik uns entgegenkommt und bessere Arbeitsbedingungen schafft, dann warten wir ewig.

Also müssen wir selbst aktiv werden und verlangen, was zwingend erforderlich ist:

- Eine korrekte Umgangsweise mit uns allen,
- Eine korrekte Umgangsweise mit unserem Betrieb!

Die IGBO wird dabei auch künftig ein verlässlicher Partner sein!